Nr. 68. — Erstes Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 10. Februar 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der preußische Städtetag.

Berlin, 9. Februar.

Der heute Mittag im hiesigen Rathhause zusammengetretene preußische Städtetag war von 61 Städten Preußens vertreten und zwar Aachen, Altona, Barmen, Beuthen, Bielefeld, Bochum, Brandenburg, Breslau, Bromberg, Charlottenburg, Danzig, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Elbing, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Gleiwitz, Görlitz, Guben, Hagen, Halberstadt, Halle, Hamm, Hannover, Harburg, Hildesheim, Kassel, Kiel, Koblenz, Köln, Königsberg, Königshütte O.-Schl., Kottbus, Krefeld, Landsberg, Liegnitz, Magdeburg, Mühlhausen Thür., Mülheim Rhein, Mülheim Ruhr, München-Gladbach, Nordhausen, Oberhausen, Osnabrück, Posen, Potsdam, Remscheid, Rhaydt, Solingen, Spandau, Stettin, Stralsund, Wiesbaden, Tilsit, Ratibor. Im Ganzen mit 106 Delegirten, zumeist Oberbürgermeistern der betreffenden Städte. Unter den Erschienenen befanden sich auch die Landtagsabgeordneten v. Eynern, Knappe (Barmen), Weyerburck (Elberfeld), Lucius (Erfurt) und Schlabitz (Görlitz) sowie der erste Vizepräsident des Reichstags Abg. Schmidt (Elberfeld). Folgende acht Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern, die gleichfalls eingeladen waren, hatten keinen Vertreter entsandt, zumeist aber zu der vom Berliner Gemeindeausschuß vorgeschlagenen Petition ihre Zustimmung brieflich erklärt; es sind dies Bonn, Flensburg, Gelsenkirchen, Hanau, Münster, Thorn, Trier und Witten. — Den Vorsitz der Versammlung übernimmt Oberbürgermeister Zelle-Berlin; ihm werden die Vertreter von Breslau (Oberbürgermeister Bender), Köln (erster Beigeordneter Jesse), Osnabrück und Landsberg a. W. beigeordnet. Zelle hebt in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß es sich um eine Abwehr einer Maßregel handele, die in finanzieller Hinsicht geeignet sei, die größeren Städte zu benachtheiligen. Nur eine Abwehr verlange man, keine Bevorzugung. Denn ein Theil der ländlichen Bevölkerung dränge fortgesetzt daraufhin, die städtische Bevölkerung zu benachtheiligen. Wenn man dazu schwiege, dann glaubten die Herren im Ministerium, daß man in den Städten damit einverstanden sei. Ein hohenzollernscher Wahrspruch laute: „Suum cuique“ und auf diese hohenzollernsche Gerechtigkeit traue man. Andererseits seien auch von höchster Stelle die Worte niedergeschrieben worden: „Wer nur auf Gott vertraut und feste um sich haut, hat auf keinen Sand gebaut“. Dies wolle man auch thun und heute beim Lehrerbesoldungs-Gesetzentwurf beginnen. Mit einem Hoch auf den Kaiser wurden die Verhandlungen begonnen. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte folgten die Delegirten einer Einladung der Berliner Kommune zu einem Gabelfrühstück. Eine von Berlin vorgelegte Petition wegen Umgestaltung des Gesetzentwurfs betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, mit längerer Begründung lag den Verhandlungen zu Grunde. Hierzu waren seitens Schmieding-Dortmund, Westerburg-Kassel, Bender-Breslau Abänderungsanträge bezw. Amendements vorgeschlagen worden.

Oberbürgermeister Fritsche-Charlottenburg hält das Gesetz in allen seinen Grundlagen für völlig verfehlt, sodaß eine Amendirung unmöglich sei. Ein weitgehendes Aufsichtsrecht des Staates halte er allerdings den Schulen der Gemeinden gegenüber für berechtigt. (Widerspruch.) Man sei aber nicht zusammengekommen, um Gegenvorschläge zu machen, sondern nur, um zu prüfen. Der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Weg führe in ein Chaos.

Oberbürgermeister Bender-Breslau führt aus, das Gesetz sei ein weiterer fester Schritt zur Bureaukratisirung des Schulwesens. Er wünscht entgegen dem Vorredner, daß man in einigen Punkten positive Vorschläge mache. Unbedingt mußten die Verhältnisse der ländlichen Lehrer aufgebessert werden. Der Zwang der Alterskassen widerspreche der Verfassung.

Oberbürgermeister Küper-Krefeld: Man möge nur das zum Ausdruck bringen, was die Städte drücke, aber davon nicht sprechen, daß das Gesetz gegen die Verfassung verstoße.

Der Vertreter Halberstadts spricht sich im Sinne der Berliner Petition aus.

Oberbürgermeister Fuß-Kiel bezeichnet das Gesetz als das Ergebniß echt preußischen Fleißes und eingehender Arbeit. Darum möge man es nicht im Einzelnen zerpflücken. In der That seien bei der Gesetzesvorlage berechtigte Interessen verletzt worden, und gegen den Geist der Verfassung sei der Entwurf allerdings insofern, als er die preußischen Städte als organische Faktoren des öffentlichen Lebens gehalten wissen will. Die Würde der preußischen Städte müsse entschieden besser gewahrt werden, als dies in dem Entwurf dokumentirt sei.

Bürgermeister Kirschner-Berlin meint, man wolle doch nur der Stimmung in den Großstädten gegen den Entwurf Ausdruck geben, wobei lediglich formelle Bedenken maßgebend seien; in den materiellen seien ja alle völlig einig. Hauptsache sei, daß alle Städte einmüthig zum Gesetzentwurf Stellung nehmen.

Westerburg-Kassel betonte, daß es eine Selbsterhaltungspflicht sei, eine Organisation der Städte zu schaffen. Die heutige Versammlung könnte das Fundament eines allgemeinen preußischen Städtetages sein.

Nach weiterer Debatte der Delegirten Berner-Kottbus, Braesicke-Bromberg und Bahr-Landsberg a. W. hält Oberbürgermeister Tramm-Hannover dafür, daß es fern liegen müsse, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu konstruiren. Das Gesetz sei auch sozialistisch, denn es werde in demselben darauf hingewiesen, wo das Geld sei und wo es hergenommen werden müsse. Er stelle sich prinzipiaiter auf den Boden, das Gesetz abzulehnen.

Darauf wird die von Berlin vorgeschlagene Petition mit einem Antrage Bender-Breslau einstimmig angenommen, deren erste Forderung gemäß dem Antrage Bender lautet: Das von der Verfassung Art. 24 Abs. 3 gewährleistete Recht der einzelnen Gemeinden, die äußeren Angelegenheiten ihrer Volksschulen unabhängig von den anderen Gemeinden und Schulen zu leiten, muß, so lange die Verfassung nicht geändert ist, auch in Beziehung auf die Zahlung der Lehrergehälter (einschließlich der Alterszulagen) aufrecht erhalten werden. Die Zahlung der Alterszulagen darf also nicht wider Willen der einzelnen Gemeinden einer Verbandskasse übertragen werden, die der Leitung der Gemeinde vollständig entzogen ist, und welche Beiträge nicht nach dem Bedürfniß der einzelnen Gemeinden erhält, sondern nach dem Bedürfniß aller Schulen des Verbandsbezirks. Der Gemeinde ist kraft ihres Rechtes auf die Leitung der äußeren Schulangelegenheiten die Befugniß einzuräumen, die von ihren über die gesetzlichen Mindestforderungen hinausgehenden Schulleistungen nach eigenem Ermessen zu regeln.

Weiter wird ausgeführt, daß auch den Städten mit mehr als 25 Schulstellen die zugesicherten Staatsbeiträge unverkürzt fortzugewähren sind. Die über die Staatsbeiträge hinaus zu bewilligenden Staatszuschüsse sind nicht nach mechanischen Grundsätzen, sondern nach dem wirklich vorhandenen Bedürfniß unter die Schulunterhaltungspflichtigen aller Klassen zu vertheilen. Die Voraussetzungen und der Umfang der Leistungen der Schulunterhaltungspflichtigen sind durch gesetzliche Normen festzustellen. Der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist frühestens auf den 1. April 1897 festzusetzen.

Auf Antrag Westerburg-Kassel wird darauf gegen wenige Stimmen ein allgemeiner preußischer Städtetag begründet.

Mit einem Hoch auf die Stadt Berlin werden die Verhandlungen geschlossen, denen im „Kaiserhof“ ein Diner folgte.

Deutschland.

Berlin, 10. Februar. Dem Chef der Marinestation der Ostsee, Vize-Admiral Thomsen, ist nachstehende telegraphische Ordre vom 6. Februar d. J. von dem Kaiser zugegangen:

Da eine neue Race-Yacht „Meteor“ im Begriffe steht, vom Stapel zu laufen, muß Ich Mich, wenn auch schweren Herzens, von Meinem braven alten Kutter trennen. Ich will ihn aber in guten Händen wissen, die ihn mit Liebe und Respekt pflegen, wie er es nach seinen herrlichen Erfolgen verdient. Ich übergebe ihn daher der Station der Ostsee mit der Hoffnung, daß es ihr gelinge, manchen guten deutschen Yachtmatrosen auf ihm auszubilden und noch manches Jahr ihn im Kampfe das Ziel passiren zu lassen. Er heiße von nun an „Komet“. Sie als Chef der Station sollen die Leitung der Yacht übernehmen.

gez. Wilhelm I. R.

— Zu den Vorgängen in der konservativen Partei berichtet die „Kreuz-Zeitung“ aus Hamm vom 8. d. M.:

„Heute fand hier eine Versammlung des Vorstandes und der Vertrauensmänner der konservativen Partei Westfalens statt, welche von etwa 80 Personen aus allen Theilen der Provinz besucht war. Rechtsanwalt Dr. Klasing, Abgeordneter für Bielefeld-Herford und Mitglied des Elfer-Ausschusses, berichtete über die Sitzung des Elfer-Ausschusses in Sachen Stöckers und wies nach, daß die Verhandlungen den Verlauf genommen hätten, wie er in der Erklärung der „Kreuz-Zeitung“ dargelegt ist. Nach einer lebhaften Erörterung nahm die Versammlung auf Antrag des Herrn Dr. Klasing einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Vorstandes und der Vertrauensmänner der konservativen Partei Westfalens bedauert den Austritt des Hofpredigers a. D. Stöcker aus der konservativen Fraktion des Hauses der Abgeordneten, nimmt mit Befriedigung Kenntniß von seiner Erklärung, konservativ bleiben zu wollen, und hofft, daß die Trennung keine endgültige sein möge.“

— Im „Staatsanzeiger“ wird die von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unter dem 24. Januar d. J. erlassene neue Prüfungsordnung für Aerzte behufs Erlangung der Befähigung zur Anstellung als Physikus veröffentlicht.

— Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ brachte unter dem 21. Januar d. J. eine Mittheilung über ein neues Gewehr, welches von einem Berliner Ingenieur Paul Brand konstruirt sei. Dieses Gewehr habe keine Zündvorrichtung; das Hinausschleudern des Geschosses werde durch Ausdehnung eines komprimirten Gases bewirkt. Unter dem 4. Februar d. J. kam der „Lokal-Anzeiger“ nochmals auf das Gewehr zurück und stellte die Behauptung auf, es sollten mit denselben in den Tagen vom 5. bis 8. d. Mts. bei der Gewehrprüfungskommission in Spandau Schießversuche stattfinden, welchen auch Se. Majestät der Kaiser beiwohnen wolle. Richtig ist, daß sich ein Ingenieur Paul Brand aus Kulm im Oktober v. J. in Sachen eines von ihm erfundenen Gewehrs mit einem Immediatgesuch an Se. Majestät gewandt hat. Er hat aber bisher — trotz entsprechender Aufforderung — der Gewehrprüfungskommission weder sein Gewehr vorgestellt, noch sich überhaupt mit ihr in Verbindung gesetzt. Danach beruht die Nachricht von den Schießversuchen, denen auch der Kaiser beiwohnen wolle, durchaus auf Erfindung.

Hamburg, 8. Februar. Wie die „Hamburgische Börsenhalle“ meldet, wird die englische Schiffsbauvereinigung „Institution of Naval Architects“, deren Ehrenpräsident der Kaiser ist, in diesem Jahre zum ersten Male in Deutschland ihre Jahresversammlung, und zwar während des Juni in Hamburg abhalten. Im vorigen Jahre tagte dieselbe in Paris. Es ist ein Empfangskomitee in Bildung begriffen, welchem Mitglieder der Hamburger Behörde und Handelskammer angehören.

Darmstadt, 8. Februar. Die zweite Kammer nahm das Volksschullehrer-Gesetz einstimmig an und setzte den Termin des Inkrafttretens desselben mit 25 gegen 13 Stimmen auf den 1. April 1897 fest.

Leipzig, 8. Februar. Der Vorstand des Konservativen Landesvereins, gezeichnet Dr. Schober, Vorsitzender, erläßt folgende Erklärung: „Die aus Großenhain gemeldete Kunde, daß der als konservativer Mitarbeiter und Sprecher bekannte Frhr. von Schorlemer wegen Verdachts verbrecherischer Handlungen verhaftet worden sei, muß selbstverständlich in der konservativen Partei schmerzliches Erstaunen und tiefe Entrüstung erregen. Wenn von gegnerischer Seite die konservative Partei für die ehrlose Handlungsweise eines Einzelnen mitverantwortlich gemacht werden sollte, so haben wir dem gegenüber schon jetzt auf das bestimmteste zu erklären, daß konservativerseits in dieser traurigen und schmachvollen Angelegenheit lediglich loyal und korrekt verfahren worden ist. Sollte der Verhaftete schuldig befunden werden, so wird seine strenge Bestrafung uns zur Genugthuung gereichen. Wir sehen der weiteren Entwickelung der Sache mit Ruhe entgegen. Bemerkt sei hier nur noch, daß, nachdem eine ehrenrührige, aber noch nicht verbrecherische Handlung von Schorlemers zur Kenntniß gelangt war, dem Genannten sofort, und zwar bereits am 16. Januar, autoritativ erklärt worden ist, daß er sich aus der konservativen Partei als ausgeschieden zu betrachten und jeder politischen Thätigkeit zu enthalten habe.“ — Ferner berichtet das „Leipz. Tagebl.“: „Auf Ansuchen des Herrn Geh. Hofraths Prof. Dr. Wissicenus hat, wie amtlich bekannt gegeben wird, das königliche Ministerium des Innern die Veranstaltung einer öffentlichen Geldsammlung mittelst Aufrufs behufs Vergrößerung der deutschen Flotte für das gesamte Gebiet des Königreichs Sachsen genehmigt.“ Bis jetzt sind etwas über 7000 Mark eingekommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Februar. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, wird der Papst, um seinem Mißfallen über die Sofiaer Vorgänge Ausdruck zu geben, den apostolischen Delegaten von Philippopel abberufen.

Pest, 9. Februar. Morgen wird Graf Apponyi im Abgeordnetenhause den Antrag einbringen, wonach alle Minister, welche für die Bilderankäufe Pulszkys Geld angewiesen haben, in Anklagezustand zu versetzen sind.

Italien.

Rom, 9. Februar. Im Ministerrathe überzeugte Crispi seine Kollegen von der Nothwendigkeit, den Krieg bis zur Unterwerfung des Negus fortzusetzen. Alle Beschlüsse über die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen wurden sodann einstimmig gefaßt.

Der Streit in der Konfektions-Industrie.

Das allgemeine Interesse, welches der Lohnbewegung der Konfektionsschneider entgegengebracht wird, zeigt sich besonders in Berlin, wo Alles aufgeboten wird, um eine gütliche Einigung herbeizuführen. Oberbürgermeister Zelle hat am Sonnabend gelegentlich einer bei ihm abgehaltenen Konferenz betreffend die Streikangelegenheit den Vertrauenspersonen gegenüber erklärt, daß er Alles thun werde, was in seinen Kräften steht, um zur Erledigung der Streitigkeiten behülflich zu sein. Bevor aber das Einigungsamt in Wirksamkeit treten könne, oder andere ähnliche Maßregeln ergriffen werden sollten, wolle man erst, so meldet der „Konfektionär“, das Resultat der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingeleiteten Verhandlungen abwarten, die, wie es scheint, einen gedeihlichen Verlauf nehmen dürften.

Es ist den Vermittelungen Unparteiischer gelungen, von den Inhabern einer größeren Anzahl erster Firmen der Damenmäntelkonfektion (darunter B. Manheimer und Kraft u. Lewin) wie der Herren- und Kinderkonfektion die Zusicherung zu erhalten, daß sie einer eventuellen Verhandlung vor dem städtischen Gewerbegerichte beiwohnen werden. Das Gewerbegericht wird angegangen werden, diese Verhandlung, in welcher der Versuch gemacht werden wird, eine Einigung zwischen Arbeitgebern und -Nehmern zu erzielen, so schnell als möglich einzuleiten, und es ist Aussicht vorhanden, daß von Seiten der Arbeiter das Resultat dieser Verhandlung abgewartet werden wird, bevor weitere Entschlüsse gefaßt werden. In dem jetzigen Stadium der Dinge ist der erste Schritt des Entgegenkommens seitens der Arbeitgeber geschehen, und ist dies im öffentlichen Interesse anzuerkennen.

Zum Leiter der Verhandlungen beim Gewerbegericht ist Magistratsassessor v. Schulz bestimmt worden. Von Seiten der Damen-Konfektionäre nehmen an den Verhandlungen Theil: die Chefs der Firmen B. Manheimer, D. Levin und Kraft u. Lewin, von Seiten der Herren- und Knaben-Konfektionäre die Chefs der Firmen M. B. Rosenthal u. Co., Cohn u. Sohn, Hoppe u. Kurzweg, M. Hannes, von Seiten der Arbeiter die Mitglieder der Lohn-Kommission. Am Sonnabend Nachmittag fand die erste Versammlung zwischen den Geschäfts-Inhabern und den Arbeitern statt unter Vorsitz des Regierungs- und Gewerbe-Raths Dr. Sprenger. Die Diskussion ergab, daß die Frage der Betriebs-Werkstätten vorläufig fallen gelassen wurde. Die Schwierigkeiten der Festsetzung eines festen Tarifs wurden nicht verkannt, doch haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer versprochen, diese Frage in weiteren Verhandlungen zu einem beide Theile befriedigenden Abschluß zu bringen.

Wir sagten schon in unserm letzten Artikel, daß die Frage der Betriebs-Werkstätten erst müsse fallen, ehe Aussicht vorhanden sei, daß ein erfolgreicher Vergleich möglich sei; nachdem dies jetzt in Berlin geschehen, wird auch in den übrigen Städten kaum noch besonderer Werth auf Einrichtung von Betriebs-Werkstätten gelegt werden. In Stettin war gerade unter den Arbeitnehmern von vornherein wenig Sympathie dafür und wenn die Frage trotzdem auch hier unter die aufgestellten Bedingungen mit aufgenommen wurde, so geschah es wohl nur, um die auf den Schneider-Kongressen aufgestellten Bedingungen nicht zu kurzen.

Während sich in Stettin die Bewegung nur auf die Herren-Konfektions-Branche beschränkt, hat man, wie die oben mitgetheilten Verhandlungen ergeben, in Berlin dieselbe auch auf die Damen-Konfektion ausgedehnt. Darin dürfte das Konfektionshaus B. Manheimer die hervorragendste Firma sein und wurde der Chef derselben, Herr Ferdinand Manheimer am Sonnabend bereits vom Herrn Oberbürgermeister Zelle empfangen. Von Herrn Manheimer war im „Vorwärts“ mitgetheilt worden, er würde im Falle eines Ausstandes die Streikenden unterstützen, mit Bezug hierauf hat derselbe dem „Vorwärts“ folgende Berichtigung zugehen lassen:

„Es ist unwahr, daß ich mich bereit erklärt habe, irgend welche Summe im Falle eines Streiks den Streikenden zur Verfügung zu stellen. Ich habe erklärt, daß bei den reichlich bemessenen Arbeitslöhnen in meinem Geschäfte nach genauesten Informationen meinerseits irgend welche Nothlage weder bei meinen Meistern noch bei meinen Arbeiterinnen vorhanden ist. Trotzdem habe ich mich bereit erklärt, falls sich dennoch irgend welche Nothlage unter meinen Arbeiterinnen herausstellen würde, was ich für ausgeschlossen halte, daß ich neben dem von mir bereits ins Leben gerufenen Unterstützungsfonds weitere 10 000 Mark zur Linderung des augenblicklichen Nothstandes sofort zur Verfügung stellen würde.“

In Erfurt ließ die Lohnkommission an die Damenmäntelfabrikanten eine Art von Tarif gelangen, in dem sie eine Reihe von Forderungen aufstellt, u. A. wird für einzelne Artikel eine 300prozentige Lohnerhöhung gefordert. Demgegenüber haben die Fabrikanten folgende Resolution als Antwort auf die Tarifeingabe der Lohnkommission angenommen: Wir zahlen hier nachweislich zum Theil höhere Arbeitspreise, als für die gleichen Genres in Berlin, Breslau u. s. w. gewährt werden; es ist deshalb ein einseitiges Vorgehen unsererseits in der Lohnfrage unmöglich, weil wir dann nicht mehr konkurrenzfähig wären, die hiesige Konfektionsindustrie vollständig lahmgelegt würde und die Folgen in ihren Endzielen gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen träfen. Wir stehen einer Aufbesserung der Arbeitspreise nicht entgegen, wenn die Fabrikanten unserer Branche in Breslau, Berlin, München u. s. f. in gleicher Weise vorgehen. Im Uebrigen machen wir darauf aufmerksam, daß wir in weitere Verhandlungen nur mit sachverständigen hiesigen Vertretern der Arbeiterkreise unserer Branche eintreten werden.“

In Stettin sowie in Grabow fanden gestern Nachmittag Versammlungen der Näherinnen statt, in denen die Bedeutung des jetzigen Streiks lebhaft erörtert wurde. Für heute Vormittag war im Sucker'schen Lokal eine Schneider- und Näherinnen-Versammlung einberufen worden. Genosse Kaeming erstattete Bericht über die Lage des jetzigen Streiks und betonte, daß sich dieselbe im Laufe der verflossenen Woche kaum geändert habe. Zwar sei mit den Firmen G. u. L. Brock, Robert Hartwig u. Co. und J. Fuchs eine Einigung zu Stande gekommen, allein das sei nur ein sehr bescheidener Erfolg, da diese Geschäfte zu den kleineren zählen. Redner tadelte, daß eine große Anzahl von Schneidern noch kurz vor Ausbruch des Streiks in Masse Arbeit angenommen haben und verlangte, daß diese Arbeit zurückgegeben werde, doch meinte der Referent, daß auch nach Abzug der laxen Elemente die Masse der Streikenden stark genug sein werde, um die gestellten Forderungen durchzusetzen. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, Inhalts deren die Versammelten erklären, daß sie ihre Forderungen aufrecht erhalten, sowie, daß sie alles aufbieten werden, um die dem Streik Fernstehenden zum Anschluß zu bewegen. Ferner wurde die Lohnkommission beauftragt, im Einvernehmen mit den Näherinnen einen Tarif für Massenartikel aufzustellen, an dessen Einhaltung die Zwischenmeister gebunden werden sollen.

Provinzial-Ausschuß.

Stettin, 10. Februar.

In den am 4. und 5. d. Mts. unter dem Vorsitz des Landesdirektors a. D. Dr. Freiherrn von der Goltz-Kreitzig abgehaltenen Sitzungen des Provinzial-Ausschusses wurde die Neuwahl der Hälfte der Mitglieder und Stellvertreter des Provinzialraths und des Bezirks-Ausschusses, sowie eines Mitgliedes der Einkommensteuer-Berufungskommission vorgenommen; ferner wurden gewählt der Brauereibesitzer R. Meyer zu Neutorney zum Mitglied des Kuratoriums der Provinzial-Blindenanstalten daselbst und der erste Lehrer Gamradt zum Vorsteher der vorgedachten Anstalten. Demnächst wurde beschlossen:

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Zur Bauschwindelfrage.

So hoch die Wogen auf diesem Gebiete auch neuerdings gingen und so gespannt die Erwartungen aller Betheiligten waren, so rasch ist auch wieder völlige Stille eingetreten. Der Versuch, unserer Gesetzgebungsmaschine hier einmal einen rascheren Schwung zu geben, ist vollständig gescheitert. Der Bauschwindel wird noch für unbestimmbare Zeit seine verderbliche Thätigkeit weiterführen können, die Handwerker werden noch weitere Hunderttausende einbüßen müssen, weil es — nun weil es der Regierung nicht genehm war, rasch und rechtzeitig einen kräftigen operativen Einschnitt in diesen kranken Theil unseres Erwerbslebens zu machen. Wie bekannt, war gegen Ende vorigen Jahres dem Reichstage von Bassermann und Genossen folgender Antrag zugegangen:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Bauhandwerker und Bauarbeiter für ihre aus Arbeiten und Lieferungen an Neu- und Umbauten erwachsenden Forderungen gesichert werden, und dabei ins Besondere die Einräumung eines gesetzlichen Pfandrechts an die Liegenschaft in Erwägung zu ziehen, welches den durch ihre Leistungen, durch gerichtliche Schätzungen festzustellenden Mehrwerth erfaßt und allen hypothekarischen Ansprüchen vorgeht, soweit solche den gerichtlich festzusetzenden Werth der Liegenschaft zur Zeit der Baubewegung überschreiten.“

Dieser Antrag war zweifellos sehr zu beachten. Sein Grundgedanke ging dahin, daß in einem Neubau die Hypotheken nur so weit geschutzt werden sollen, als der Werth beträgt, den das Grundstück vor seiner Bebauung hat. Bei dem gegenwärtigen Verfahren werden werthlose Hypotheken zu werthvollen auf Kosten der Handwerker und Lieferanten gemacht. Trotzdem war der Antrag unvollständig, weil er nur Bauhandwerker und Bauarbeiter schützen wollte, die Lieferanten aber ausließ. Außerdem mußte er den Begriff des Umbaues noch feststellen, da sonst leicht aus geringen baulichen Veränderungen Streitigkeiten zwischen Handwerkern und Hypothekeninhabern entstehen könnten. Ferner lag in dem Antrag Bassermann eine gewisse Gefahr für den Realkredit. Der verständige Geldgeber würde nach seiner Durchführung nicht mehr Geld in ein Grundstück geben, als der Grundwerth desselben ausmacht. In den weitaus meisten Fällen liegt aber die Sache so, daß bebaute Grundstücke umgebaut werden, wie soll man den früheren Werth feststellen. Wenn dann der Bau fertig ist, entsteht ein Streit darüber, was der frühere Werth des Grundstückes war. Dieser Streit gefährdet aber auch solche Hypotheken, die mit Recht als sichere Hypotheken betrachtet werden. Die Folge wird sein, daß in Zukunft erste Posten wie heute zu bekommen sind, für die folgenden alle würde ein sehr hoher Zinsfuß eintreten. Nur ein sehr reicher Mann könnte dann Grundeigenthum besitzen, für jeden Anderen wäre es sehr gefährlich, da er in die Lage kommen könnte, daß er für gekündigte Posten keine anderen bekommt. Es wäre daher erforderlich, daß gesetzlich bestimmt wurde, alle städtischen Grundstücke und alle Bauplätze sind nach ihrem Werth zu taxiren. Die Taxe wäre im Grundbuch einzutragen und alle Posten, die jenseits des eingetragenen Schätzungswerthes stehen, haben den Handwerkern und Lieferanten zu weichen. Bis zur vollen Werthgrenze könnte dann Jeder Hypotheken geben, gefährdet wären nur die Posten, die jenseits dieser Grenze stehen und das wäre ein Glück, denn der Realkredit, der über den Werth des Pfandes hinaus gesucht wird, ist kein gesunder Kredit, er ist verderblich. Wir haben bisher unter der Form des Realkredits den Personalkredit. Wenn der Platzschwindler einen Platz besitzt, der 10 000 Mark werth ist, verkauft er ihn für 20 000 Mark, der Bauschwindler läßt Gelder eintragen und ein Platz, der 10 000 Mark werth ist, wird mit 70 000 Mark beschwert. Dann werden Schwindelbauten aufgeführt zum Schaden des Staates, der Handwerker und der Lieferanten. Der Bauschwindler läuft jetzt keine Gefahr, wenn aber der Geldgeber den Taxwerth nachsieht und weiß, daß er mit einem Posten, der jenseits des Werthes eingetragen ist, weichen muß, dann haben die Platzschwindler und Baugeldgeber den Schaden zu tragen. Da der Werth der Grundstücke wechselt, so kann nach jedesmal 5 oder 10 Jahren eine Nachtaxe stattfinden. Diesen Abänderungen hätte also der Bassermann'sche Antrag unterzogen werden müssen, um ein Mittel zu werden, das dem Bauschwindel mit einem Schlage ein Ende bereitet hätte. In diesem Sinne wurde deshalb auch die Petition des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine an den Reichstag gerichtet, die wir in letzter Nummer mittheilten. Inzwischen gelangte am 22. Januar der Bassermann'sche Antrag zur Verhandlung und wurde an Stelle des ganzen, doch wenigstens einen greifbaren bestimmten Kern bietenden Vorschlages nur der erste Theil desselben, die einfache Forderung, einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauhandwerker vorzulegen, angenommen. Es wurde somit weiter nichts, als eine blasse Resolution gefaßt, wie sie im Reichstag fast jeden Tag unter den Tisch fallen und die Angelegenheit ist somit auch nicht einen Schritt weitergebracht. Aus den Worten des Regierungsvertreters während der Verhandlungen über den Antrag des Herrn Staatssekretär Nieberding ist aber leider zu entnehmen, daß eine gesetzliche Regelung der Frage in nächster Zeit wohl kaum zu erwarten sein wird. Dieser Redner gab die wenig tröstliche Aussicht, daß es noch dahin gestellt bleiben müsse, ob die Sache im nächsten Jahre vorgelegt werden könne. Man begreift nicht, was man hier mehr bewundern soll. Die Riesenarbeit, die sich nun die Regierung seit Jahren um den Bauschwindel gemacht hat, und bei der etwas Beschlußfähiges bis jetzt nicht gezeitigt worden ist, oder die Gleichgültigkeit gegenüber der brennenden Nothwendigkeit eines schnellen energischen Ausgleichs dieser rechtlichen Blöße. Zählen denn die Existenzen gar nichts, die inzwischen noch ruinirt werden können? Ist die Zersetzung aller gesunden Prinzipien im Hausbesitz größerer Städte so unbedeutend, daß man mit der Aenderung dieses Zustandes noch Jahre lang warten will?

Der zweifellos beste Ausweg wäre gegenwärtig immer noch die Aufnahme der Materie in die bevorstehende Neuregelung des gesamten bürgerlichen Rechtes und wurde deshalb auch der Antrag des Zentralverbandes in folgender Form erweitert:

„Sollte die Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfs nicht thunlich sein, so hätte das bürgerliche Gesetzbuch die Regelung der in Rede stehenden Materie vorzunehmen.“

Aber auch dieser Vorschlag würde einen durchgreifenden Nutzen nur dann zeitigen können, wenn das neue bürgerliche Recht die Frage im Sinne des ersten Vorschlages regeln würde und wenn vor Allem dieses Gesetz möglichst bald in Kraft tritt. Leider ist aber auch dies nach den letzten Verhandlungen im Reichstage wohl kaum zu erwarten, ja nach Ansicht einiger Politiker können noch Jahre vergehen, ehe hier etwas Bestimmtes geschaffen wird.

Es bleibt deshalb gegenwärtig nichts anderes übrig, als von der Einsicht unserer Volksvertretung und der Regierung zu hoffen, daß sie bei erneuten Anstößen, wie sie die Petition des Zentralverbandes darstellt, doch endlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein weiteres Hinausschieben des Gegenstandes unmöglich ist. Es wäre dies nicht nur im Interesse der geschädigten und bedrohten Bauhandwerker, sondern auch recht sehr im Sinne des soliden städtischen Haus- und Grundbesitzes zu wünschen.

(D. Hausbes.-Ztg.)

1. zur Herstellung einer Waschküche und der erforderlichen Nebenräume im alten Wirthschaftsgebäude der Provinzial-Korrektions- und Landarmenanstalten zu Ueckermünde eine Summe bis zu 9800 Mark in den Etat für 1896—97 einzustellen;

2. dem Provinziallandtage die Ausführung zweier Anbauten an die Zellenflügel der Gebäude für die Unruhigen bei der Provinzial-Irrenanstalt zu Lauenburg i. Pomm. zum Kostenbetrage von etwa 11 000 Mark zu empfehlen;

3. unter Aufhebung des Beschlusses des Provinzial-Ausschusses vom 9. März 1894 sich damit einverstanden zu erklären, daß die Kleinbahn Stolzenburg-Stoewen mit Normalspur ausgebaut werde und die Beschlußfassung über die Betheiligung auszusetzen, bis der Kreistag des Randower Kreises entsprechende Beschlüsse gefaßt hat; indem dabei vorausgesetzt wird, daß diesen Beschlüssen die durch die Revision der Provinzialverwaltung festgesetzte Gesamtsumme von 894 000 Mark zu Grunde gelegt wird und daß der von den Interessenten übernommene Präzipualbeitrag von 77 000 Mark zu Recht bestehen bleibt;

4. den Landeshauptmann zu ermächtigen, je nachdem es seinem Ermessen nach für den Provinzialverband vortheilhafter ist, von dem Bezugsrecht der Stammaktien der Altdamm-Kolberger Eisenbahngesellschaft Gebrauch zu machen oder dasselbe zu veräußern, falls eine bezügliche Erklärung hierüber vor der nächsten Tagung des Provinziallandtages abgegeben werden muß;

5) dem Provinziallandtage folgenden Beschluß zu empfehlen: zur Deckung der Kosten, die durch

„Die Vollendung des Erweiterungsbaues der Provinzial-Irrenanstalt zu Ueckermünde, die zu leistende Beihülfe zur Vertiefung der Schifffahrtsstraße von Stettin nach Swinemünde, die Regulirung der Uecker, die Herstellung einer neuen Dievenow-Mündung, die Schiffbarmachung der Trebel und Recknitz, die Errichtung von zwei Isolirbaracken und Ausführung von Anbauten an die Gebäude der Beobachtungsstationen bei der Provinzial-Irrenanstalt in Lauenburg, die Errichtung eines Wohnhauses mit Turnsaalanbau bei der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Köslin, den Ausbau des Gebäudes der Zarow-Mühle bei Ueckermünde zu einem Siechenhause, den Ausbau des Gebäudes des alten Hebammen-Lehrinstituts hierselbst zu einer Taubstummenschule, die Errichtung einer neuen Prooinzial-Irrenanstalt und deren späterer Erweiterung, sowie andere außerordentliche Bedürfnisse"

entstehen werden, sollen die erforderlichen Geldmittel durch eine vom Provinzialverbande von Pommern aufzunehmende Anleihe im Betrage von 4 Millionen Mark beschafft werden; diese Anleihe ist mit 1 Prozent jährlich zuzüglich der ersparten Zinsen zu amortisiren, die Bestimmung des Zinsfußes, des Zeitpunktes der Begebung, sowie etwaiger sonstiger Bedingungen der Aufnahme der Anleihe wird dem Provinzial-Ausschusse übertragen;

6. der Verlegung der Taubstummenanstalt zu Stralsund in das daselbst Jungfernsteig Nr. 11 belegene Haus und der Einrichtung eines Externats vom Etatsjahr 1896—97 ab zuzustimmen und dem Provinziallandtage die Bewilligung eines einmaligen Zuschusses pro 1896—97 zur baulichen Einrichtung des Hauses bis zur Höhe von 2200 Mark zu empfehlen.

7. an 11 Antragsteller Baubeihülfen für bauliche Veränderungen 2c., welche die Verminderung von Feuersgefahr der bei der pommerschen Feuersozietät versicherten Gebäude bezwecken, in Beträgen von 75 bis 300 Mark zu bewilligen;

8. aus der Provinzialhülfskasse von Pommern an 5 Darlehnssucher Darlehen im Gesamtbetrage von 15 700 Mark zu gewähren;

9. auf Grund der Vorschriften zu §§ 124 und 55 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 gegen 21 Personen wegen verspäteter Unfallsanzeigen Ordnungsstrafen im Betrage von 3 bis 10 Mark festzusetzen.

Außer diesen Vorlagen gelangten verschiedene Rechnungssachen und Unterstützungsangelegenheiten zur Erledigung.

Die nächste Sitzung des Provinzial-Ausschusses wird voraussichtlich am 2. März d. Js. stattfinden.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin,** 10. Februar. Seitens der Feuerwehr sind erfolgreiche Versuche angestellt worden, den Krankenwagen der Sanitätswache während der Wintermonate zu heizen. In den Werkstätten der Feuerwehr wurde ein Miniaturofen aus Eisenblech hergestellt, der mit Glühstoff zu heizen ist; mittelst desselben kann die Temperatur im Wagen binnen einer Viertelstunde auf 8 Grad gebracht werden. Diese gewiß höchst schätzenswerthe Neuerung legt Zeugniß von dem unablässigen Bemühen ab, die Sanitätswache in allen ihren Theilen mustergültig auszugestalten.

* In einer der letzten Nächte überstiegen Diebe den Zaun der Villa Falkenwalderstraße 49 und entwendeten dort die Messingverschlußkapseln der Wasserstöcke.

* Der Dieb, welcher kürzlich aus einer Malerwerkstatt auf der Oberwiek ein Fahrrad wegnahm, ist jetzt in der Person eines wandernden Drechslergesellen Kämpe ermittelt und verhaftet worden.

* Vor etwa 14 Tagen wurde, wie seinerzeit berichtet, auf dem Wege nach Schwarzow ein junges Mädchen überfallen; der Polizei ist es nunmehr gelungen, den Attentäter in der Person eines hier in Stellung befindlichen Dieners zu ermitteln und festzunehmen.

—z. Nachdem am Sonnabend im großen Saale des neuen ev. Vereinshauses das erste Konzert stattgefunden, wurde derselbe gestern seiner eigentlichen Sonntags-Bestimmung, den hiesigen christlichen Vereinen (Jünglings-, Arbeiter-, Traktat-Verein 2c.) zu gemeinschaftlichen Zusammenkünften zu dienen, überwiesen. Die hiesigen christlichen Jungfrauen-Vereine, welche bezwecken, daß alleinstehende junge Mädchen an Sonntagen christlichen Anschluß, edle Unterhaltung und Ausbildung finden, hatten sich daselbst gestern zu einem Unterhaltungs-Abend vereinigt, der überaus zahlreich besucht war und damit den besten Beweis ablegte, wie nothwendig hierselbst ein größerer Saal für sonntägliche christliche Zusammenkünfte ist. Nachdem Herr P. Thimm den Abend eröffnet, hielt Herr P. Dünn einen interessanten Vortrag über christliche Legendenbildung, in dem er die Sagen vom ewigen Juden, der heiligen Veronika, vom Kreuzschnabel 2c. charakterisirte. Sodann fanden mehrere musikal sche Vorträge für Klavier und Geige statt. Im zweiten Theil wurde unter Leitung von Fräulein Leonhardt das reizende Abt'sche Werk „Aschenbrödel" für Chor, Duett, Solo und Deklamation von Mitgliedern der Jungfrauen-Vereine sehr schön vorgetragen. — Bemerken wollen wir noch, daß der mit großen Gallerien versehene, gut durchwärmte hohe Saal einen behaglichen Aufenthaltsort bietet und daß die damit verbundene Restauration als gut und billig zu bezeichnen ist.

— Im Hinblick auf das Jubelfest der Post- und Telegraphenbeamten, welches Sonnabend nicht nur in Stettin, sondern im ganzen Reichs-Post-Gebiet gefeiert wurde, dürfte eine Mittheilung über die Thätigkeit der Feldpost und Feldtelegraphen im letzten Kriege von Interesse sein. Nach dem bei dem Fest der Berliner Postbeamten von dem Staatssekretär Dr. Stephan gemachten Ausführungen betrug die Zahl der im Feldpostdienst verwendeten Beamten 2140, unter den Fahnen standen von dem Personal der Postverwaltung 3761; aus dem Friedenspostdienst waren somit in Summa 5901 Mann abgegeben. An Beförderungsmittel wurden 1933 Pferde und 465 Fahrzeuge gestellt. Im Ganzen wurden auf dem Kriegsschauplatze 411 Postanstalten von der Bundespostverwaltung in Thätigkeit gesetzt, die Feldpostkurse hatten eine Länge von 5100 Kilometer. Die Leitungen der Feldtelegraphie erreichten bis zum Ende des Krieges eine Länge von 10 830 Kilometer mit 407 Stationen. Von der Staatstelegraphie sind im Felde 17 011 Kilometer Gestände und Drahtleitungen mit 162 Stationen angelegt worden.

— Massenerkrankungen an Typhus sind in Scheune zu verzeichnen, in einem Hause, welches von 10 Familien bewohnt ist, ist fast Alles erkrankt und nimmt man an, daß die schlechte Beschaffenheit des Wassers im Hofbrunnen die Ursache bildet. Eine ärztliche Kommission war zur Untersuchung bereits in Scheune und entnahm Wasserproben zur näheren Festsetzung der Bestandtheile.

— Morgen Dienstag findet das diesjährige Benefiz-Konzert für Herrn Kapellmeister G. Offeney im großen Saale des neuen evangel. Vereinshauses statt und zwar in Form eines „Wagner-Abends", bei welchem die Sängerin Frl. Marschner und Herr Pianist Zabel ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt haben. Der Eintrittspreis ist niedrig gestellt.

— Dr. Paul Langenscheidt, der Autor der demnächst zur Aufführung gelangenden Schauspielnovität: „Gährung", wird der hiesigen Première seines Stückes am Stadt-Theater persönlich beiwohnen. Auch mehrere Berliner Journalisten werden zugegen sein, um über die Aufnahme des Werkes in ihren Blättern zu berichten, da die Aufführung auch für Berlin von großem Interesse ist, umsomehr, als die Novität demnächst an einem Berliner Theater zur Aufführung gelangen wird.

— Einige wichtige Bestimmungen sind bezüglich der Nachnahmepackete seitens des Generalpostamts ergangen. Wenn solche Packete vom Empfänger nicht angenommen oder nicht rechtzeitig eingelöst werden, so wird der Absender bekanntlich durch die Postanstalt hiervon mit dem Ersuchen benachrichtigt, darüber Verfügung zu treffen, was mit der Sendung geschehen soll. Verlangt nun der Absender eines unbestellbar gemeldeten Nachnahmepackets die nochmalige Anbietung der Sendung an den Adressaten oder an einen zweiten, im Bestellbezirk der Bestimmungspostanstalt wohnenden Adressaten, so wird nach der neuen Bestimmung des Reichspostamts die Sendung wiederum sieben Tage zur Verfügung des betreffenden Adressaten gehalten. Des Weiteren ist neu verfügt worden, daß bei den unbestellbaren Sendungen mit leicht verderblichem Inhalt von der Benachrichtigung des Absenders über die Unbestellbarkeit abzusehen ist. Derartige Sendungen werden von den Postanstalten ohne Weiteres verkauft, und zwar wird zum Verkauf in jedem Einzelfalle schon dann geschritten, wenn nach der jeweiligen Beschaffenheit der Sendung, den obwaltenden Witterungsverhältnissen und der Weite der Beförderungsstrecke auch nur als wahrscheinlich gelten kann, daß der Inhalt vor Rücklieferung an den Absender verdorben sein wird.

— (Personal-Chronik.) In Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers Schumann auf Daarz ist der Rittergutsbesitzer Kannenberg auf Hohen-Benz zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Naugard gewählt worden. — Für den Amtsbezirk Putzar, Kreis Anklam, ist der Regierungs-Assessor a. D. Graf von Schwerin zu Borntin zum Amtsvorsteher auf die Dauer von 6 Jahren ernannt worden.

Konzert.

Am letztverflossenen Sonnabend gab Frl. Hedwig Wilsnach mit ihren Schülerinnen und unter gütiger Mitwirkung von Frl. E. Arendt im großen Saale des neuen evangelischen Vereinshauses ein Wohlthätigkeits-Konzert, zu dem sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden hatte. Das neue Konzertlokal, welches in seiner räumlichen Ausdehnung (16 Meter breit und 27 Meter lang) den großen Saal unseres Konzerthauses um etwas übertrifft, steht diesem freilich hinsichtlich seiner inneren Ausstattung nach, weist im Uebrigen aber Vorzüge vor jenem auf, die nicht zu unterschätzen sind. Dahin rechnen wir in erster Linie eine äußerst glückliche Gestaltung der akustischen Verhältnisse. Die Klangwirkung der zu Gehör gebrachten Chor- und Sologesänge war in allen Theilen des weiten Raumes eine gleich günstige, dazu kommt, daß mit Inbegriff der an den beiden Längsseiten und an der einen Querseite hergestellten Emporen und unter Hinzunahme eines an den großen Saal stoßenden kleinen Saales bequem 1100 Personen in demselben Platz finden, ein Auditorium, wie es, mit Ausnahme des Saales der Grünhofbrauerei, kein anderes Konzertlokal unserer Stadt aufnehmen kann. Wird für Abstellung einiger Uebelstände, die sich am Sonnabend noch in unangenehmer Weise geltend machten, — wir rechnen dazu das störende Geräusch der in unmittelbarer Nähe des Konzertraumes aufgestellten Dynamomaschine, sowie die Unterbringung und umständliche Wiedererlangung der Garderobe der Konzertbesucher in dem zugigen Raum vor dem Saal —, Abhülfe geschaffen, so zweifeln wir nicht, daß mit dem Bau dieses neuen Saales, in dem auch eine Orgel mit zehn Registern Aufstellung finden wird, längst gehegten Wünschen von Konzertgebern und Konzertbesuchern in unserer Stadt Rechnung getragen sein dürfte. — Inwieweit derselbe sich für Orchesteraufführungen als geeignet erweist, wird sich in dem morgen Abend in demselben veranstalteten Benefizkonzert des Herrn Kapellmeisters Offeney zeigen, in dem vorwiegend Wagner'sche Kompositionen zur Aufführung kommen, und das durch Mitwirkung des als tüchtig erwiesenen Pianisten Herrn Zabel sowie durch die gesangliche Unterstützung des Frl. Marschner an Interesse noch besonders gewinnt.

Was nun die Darbietungen des in Rede stehenden Konzerts von Frl. Wilsnach anbelangt, so können wir konstatiren, daß dieselben den Erwartungen, zu welchen das bewährte Kunstinstitut der geschätzten Gesanglehrerin berechtigt, voll und ganz entsprachen. Vor Allem empfahlen sich die Chöre durch eine imposante Klangfülle; dieselben erzielten mit Ausnahme eines „Sängermarsches" von Kretzscher, der wohl zu hoch intonirt war, in ihrer guten Textirung, feinen Abstufung der Nüancen und Noblesse der Konsonanz eine treffliche Wirkung. Wir nennen aus denselben in erster Linie den schönen Schubert'schen Psalm „Gott ist mein Hirt", dem Frl. Arendt auf einem wohlklingenden Schiedmayerschen Harmonium aus dem Lager des Herrn E. Simon hier eine in jeder Hinsicht anerkennenswerthe Begleitung angedeihen ließ, sowie einen sich empfehlenden „Blumengruß" von unserm heimischen Komponisten Herrn Rust und besonders auch die klangschönen a capella-Gesänge „Nachtlied" von Raff, sowie „Frühlingsgedränge" von Henle und „Frühling" von Wuerst. Nicht minder beifällige Aufnahme fanden die solistischen Spenden, welche sich auf die verschiedenartigsten Tondichtungen besonders beliebter Liederkomponisten erstreckten. Es möchte als unzart gelten, wollten wir die Leistungen der einzelnen Sängerinnen vergleichsweise kritisch beleuchten; alle ließen durch ihre Vorträge sowohl eine gute Schulung erkennen, als auch die freudige Hingabe, mit welcher die zum Theil nicht leichten Aufgaben gelöst wurden, dafür zeugte, daß in den Sängerinnen Sinn und Verständniß für die edle Sangeskunst geweckt und gepflegt wird, und der lebhafte Beifall, womit diese Einzelgesänge entgegengenommen wurden, zeugte dafür, wie sehr man die künstlerischen Bestrebungen von Frl. Wilsnach zu schätzen weiß.

Mit ganz besonderer Anerkennung sei noch des Frl. E. Arendt gedacht, die während des ganzen Konzerts die Begleitung an einem von dem Herrn Kommissionsrath Wolkenhauer gütigst zur Verfügung gestellten, klangvollen Flügel mit technischer Sicherheit und Decenz ausführte.

—t.

Stadt-Theater.

Am Sonnabend gelangte Shakespeare's Trauerspiel „Romeo und Julia" als volksthümliche Vorstellung zur Aufführung. Der Besuch war ziemlich gut, aber gerade die Plätze, welche bei volksthümlichen Vorstellungen dicht besetzt sein sollten, zeigten bedenkliche Leere. Auch die Aufführung stand nicht auf der Höhe, da die an einige Einzeldarsteller gestellten Anforderungen über das Können derselben hinausgingen, so war Frl. Klär der Partie der „Julia" in keiner Weise gewachsen, sie war ein deklamirender Automat ohne jede innere Empfindung, so daß die von den Lippen kommenden Liebesergüsse nicht recht glaubhaft erschienen. Vortheilhafter präsentirte sich der „Romeo" des Herrn Janke, welcher den liebenden Jüngling mit warmer Leidenschaft spielte. — Eine überaus gelungene Leistung bot Herr Pettera als „Capulet" und auch der „Bruder Lorenzo" des Herrn Striebeck konnte in jeder Weise befriedigen. Geradezu störend wirkte dagegen Herr Hintze als „Benvolio", auch die „Amme" des Frl. Pauly konnte nicht begeistern. Die Herren Magener (Mercutio), Knaack (Tyhalt) und Telchmann (Peter) wurden ihren Rollen im Ganzen gerecht. — Das Beste von der Aufführung war die ansprechende Inscenirung, für welche Herrn Pettera Anerkennung gebührt.

R. O. K.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Paris, 9. Februar. Der Komponist Ambroise Thomas ist an Lungenentzündung gefährlich erkrankt.

London, 8. Februar. Der Orientalist Dr. Reinhold Rost ist in der vorigen Nacht in Canterbury gestorben.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 9. Februar. Die Verhaftung des Direktors Friedmann erfolgte, wie es heißt, auf die Denunziation des Schöneberger Kreditvereins wegen der Lombardirung von 200 000 Mark bereits kaduzirter Potsdamer Straßenbahn-Aktien. Das Aktienkapital der Bank, deren Konkurs wohl unvermeidlich ist, betrug Ende 1894 1 002 000 Mark. Im Laufe des vorigen Jahres ist dasselbe indeß successive noch bis auf 3 Millionen Mark erhöht worden. Die industriellen Unternehmungen, die mit der Bank in enger Verbindung standen, sind die Potsdamer Straßenbahn, die Große Berliner Omnibus-Gesellschaft, die Neue Gasglühlicht-Aktien-Gesellschaft, die Neue Berliner Elektrizitäts- und Akkumulatorenfabrik, die Tornowitzer Hütte und die Glashütte Jordan. Der frühere große Besitz von Aktien der Bank des Aktien-Bauvereins Unter den Linden soll, wie es heißt, vor einiger Zeit abgestoßen worden sein. Auch die Große Berliner Omnibus-Gesellschaft soll ihre früheren Beziehungen zur Bank gelöst haben. Die Höhe der Passiven sollen nach Gerüchten, welche an der heutigen Börse zirkuliren, eine große Ausdehnung erreichen, während an greifbaren Aktiven außer den Aktien der kürzlich erst gegründeten internationalen Elektrizitäts-Werke nicht viel vorhanden sein dürfte.

— Ein Streik ist in der Hutfabrik von J. Bambus u. Co. in Berlin, Chausseestraße, ausgebrochen. Eine verheirathete Arbeiterin der Fabrik sollte für einige Zeit die Arbeit einstellen, da nicht genügend Beschäftigung für sie war, worauf sie ihre Entlassung forderte. Die Folge davon war, daß sämtliche Arbeiter der Fabrik Donnerstag früh erklärten, die Arbeit Mittags einzustellen, falls die Frau nicht wieder in ihre Thätigkeit eingesetzt würde. Da der Inhaber der Fabrik darauf nicht einging, und die Arbeiterschaft nur theilweise Nachmittags erschien, so traten Abends die Mitglieder des Vereins Berliner Wollhutfabrikanten zusammen, um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Nachdem Herr Benno Baruch, in Firma J. Bambus u. Co., im Namen seiner Firma die Erklärung abgegeben, daß er sämtliche bei ihm ausständige Arbeiter mit Ausnahme der ordnungsmäßig entlassenen Frau Schwägerle wieder in Arbeit nehmen will, sobald sich dieselben zum Antritt melden, hat die außerordentliche Generalversammlung als Ultimatum beschlossen, „daß sämtliche Fabriken der Vereinsmitglieder Sonnabend, den 8. Februar, Abends, geschlossen werden, und die Wiedereröffnung derselben nur dann ohne besonderen Generalversammlungsbeschluß erfolgen darf, wenn bis Montag, den 10. Februar, Mittags, der Beweis seitens der betreffenden Arbeiter erbracht ist, daß die Arbeit bei J. Bambus u. Co. wieder aufgenommen worden ist."

Dortmund, 8. Februar. Wieder ist hier Großfeuer ausgebrochen. Die Mälzerei der Germania-Brauerei steht in Flammen; sie wird bis auf die Umfassungsmauern vollständig ausbrennen. Der Betrieb bleibt ungestört, weil die Brauerei und Kellerei geschützt sind.

Triest, 9. Februar. Wegen drückender Nothlage versuchte sich der Telegraphenbote Nicolo Gorlatto mit Frau und seiner 78 Jahre alten Mutter durch Einathmen von Kohlenoxydgas zu tödten. Der Zustand der drei Personen ist bedenklich.

Bern, 8. Februar. Die deutschen und belgischen Zeitungen erzählen eine abenteuerliche Geschichte. Danach ließ sich in Lüttich eine Ausländerin, die sich Frau Dick nannte, mit ihrer reizend schönen, 25 Jahre alten Tochter, nieder. Vor einigen Wochen habe nun der Schweizer Bundesrath die Auslieferung der Frau Dick verlangt. Es wird bestätigt, daß der Bundesrath die Auslieferung der Frau Dick, einer Bürgerin der Stadt Bern, verlangte, weil dieselbe seiner Zeit wegen Betruges im Betrage von 100 Frks. in contumaciam verurtheilt worden war. Die belgische Regierung hat das Auslieferungsgesuch noch nicht beantwortet, ihre schöne Tochter wurde seiner Zeit aus Frankreich ausgewiesen. Sie setzt in Belgien alle Hebel in Bewegung, um die Auslieferung ihrer Mutter nach Bern zu verhindern. Die Tochter hatte erst einen alten Geliebten, dann hing sie sich an einen jungen. Seither werden Mutter und Fräulein Dick — diese hat ein uneheliches, fünfjähriges reizendes Kind — von dem verlassenen alten Liebhaber schreckl.ich verfolgt. Hunderten von Personen in Bern wurden belgische Sousblätter gesendet, man hält den Alten für den anonymen Absender. Er verfolge lediglich den Zweck, die frühere Geliebte in seine Gewalt zu bekommen.

— Interessant für Raucher dürfte nachstehende Untersuchung einer italienischen Zigarre sein. Die Schmerzenskinder des italienischen Tabaksmonopols sind ja in ganz Europa bekannt und hat — wie das Intern. Patentbureau von Heimann u. Ko. in Oppeln erfährt — die Untersuchung einer sogenannten „Magliani"-Zigarre in Piacenza folgende Bestandtheile ergeben: 1. Ein Stückchen Kalk, 2. Gipsstaub, 3. eine Quantität Humus, 4. ein Stückchen Holz, 5. ein Stück Schnur. Das sagt wohl genug.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Februar.

Wetter: Schön. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 770 Millimeter. Wind: West.

Weizen matter, per 1000 Kilogramm loko 142,00—156,00, per April-Mai 157,00 B. u. G., per Mai-Juni 158,00 B. u. G., per Juni-Juli 158,50 B. u. G., per September-Oktober 159,00 B. u. G.

Roggen matt, per 1000 Kilogramm loko 121,00—125,00, per April-Mai 126,50 bez. u. B., per Mai-Juni 127,00 B., per Juni-Juli 128,00 B., per September-Oktober 128,50 B.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 112,00—118,00.

Spiritus unverändert, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 33,6—33,5—33,6 bez. Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 10,35, Kasse 5/12 Prozent.

Berlin, 10. Februar.

Weizen per Mai 159,25 bis 159,00, per Juli 159,00 per September 159,00.

Roggen per Mai 127,75 bis 128,50, per Juli 129,50, per September 130,25.

Rüböl per Mai 47,40, per Oktober 47,70.

Spiritus loko 70er 34,40, per Februar 70er 39,60, per Mai 70er 40,10, per September 40,70.

Hafer per Mai 121,25.

Mais per Mai 92,50.

Petroleum per Februar 20,30, per März 20,30.

London, 10. Februar. Wetter: Schön.

Berlin, 10. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,20	London kurz	—,—
do. do. 3½%	105,10	London lang	—,—
do. do. 3%	99,50	Amsterdam kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	99,50	Paris kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	101,00	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	95,80	Berliner Dampfmühlen	124,25
do. Landescred.-B. 3½%	101,10	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	69,00
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	101,90	„Union", Fabrik chem. Produkte	102,20
do. 3%	96,00	Barziner Papierfabrik	163,50
Italienische Rente	84,30	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
do. 3% Eisenb.-Oblig.	52,50	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk b. 1905	101,50
Ungar Goldrente	103,40	Stett. Stadtanleihe 3½%	101,90
Rumän. 1881er am. Rente	99,80	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	65,90	Disconto-Commandit	218,75
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—	Berliner Handels-Gesellsch.	157,90
Rum. amort. Rente 4%	87,00	Oesterr. Credit	237,90
Russ. Boden-Credit 4½%	104,40	Dynamite Trust	151,90
do. do. von 1880	102,50	Bochumer Gußstahlfabrik	163,40
Mexikan. 6% Goldrente	94,60	Laurahütte	154,90
Oesterr. Banknoten	168,90	Harpener	168,50
Russ Banknoten Cassa	217,20	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	171,75
do. do. Ultimo	217,00	Dortm. Union St.-Pr. 6%	45,30
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	110,20	Ostpreuß. Südbahn	94,50
do. (100) 4%	107,00	Marienburg-Mlawkabahn	81,40
do. (100) 4%	102,50	Mainzerbahn	124,90
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,30	Norddeutscher Lloyd	109,00
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40	Lombarden	43,70
Stett. Bulc.-Act. Litr. B	138,10	Luxemb. Prince-Henribahn	69,25
Stett. Bulc.-Prioritäten	146,75		
Stettiner Straßenbahn	101,00		
Petersburg kurz	216,20		

Tendenz: Schwach.

Paris, 8. Februar. (Schluß-Kourse.)

Fest.

	8.	7.
3% amortisirb. Rente	101,20	101,20
3% Rente	103,02½	103,10
Italienische 5% Rente	84,65	84,65
4% ungar. Goldrente	103,18	103,00
4% Russen de 1889	102,60	102,60
3% Russen de 1891	—,—	92,00
4% unifiz. Egypten	—,—	105,30
4% Spanier äußere Anleihe	61,37	61,37
Convert. Türken	21,77½	21,62½
Türkische Loose	113,70	111,20
4% privil. Türk.-Obligationen	465,00	466,00
Franzosen	788,75	785,00
Lombarden	—,—	236,25
Banque ottomane	585,00	576,00
„ de Paris	808,00	800,00
Debeers	678,00	680,00
Credit foncier	697,00	695,00
Huanchaca	91,00	81,00
Meridional-Aktien	600,00	597,00
Rio Tinto-Aktien	448,70	450,00
Suezkanal-Aktien	3300,00	3305,00
Credit Lyonnais	791,00	792,00
B. de France	3600,00	—,—
Tabacs Ottom.	392,00	392,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122 9/16
Wechsel auf London kurz	25,22	25,21
Cheque auf London	25,23½	25,22½
Wechsel Amsterdam k.	205,50	205,56
„ Wien k.	206,25	206,00
„ Madrid k.	409,50	409,50
„ Italien	8,12	8,12
Robinson-Aktien	255,00	255,00
4% Rumänier	88,00	87,50
5% Rumänier 1893	98,60	98,50
Portugiesen	25,37½	25,37½
Portugiesische Tabaksoblig.	483,00	—,—
4% Russen de 1894	66,35	66,30
Langl. Estat.	160,00	163,75
3½% Russ. Anl.	97,75	97,60
Privatdiskont	1½	1¾

Köln, 8. Februar, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen neuer hiesiger 15,75, fremder loko 16,50. Roggen hiesiger loko 12,75, fremder loko 14,00. Hafer neuer hiesiger 12,75, fremder 13,50. Rüböl loko 51,50, per Mai 50,30, per Oktober 50,30. — Wetter: Schön.

Hamburg, 8. Februar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 65,25, per Mai 64,00, per September 61,00, per Dezember 58,25. — Behauptet.

Hamburg, 8. Februar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per Februar 11,72½, per März 11,82½, per Mai 12,02½, per August 12,27½, per Oktober 11,25, per Dezember 11,20. Ruhig.

Bremen, 9. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Fest. Loko 6,10 B. Russisches Petroleum. Loko 6,05 B.

Wien, 8. Februar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,39 G., 7,41 B., per Mai-Juni 7,48 G., 7,50 B., per Herbst 7,56 G., 7,58 B. Roggen per Frühjahr 6,92 G., 6,94 B., per Mai-Juni 6,85 G., 6,87 B., per Herbst 6,47 G., 6,49 B. Mais per Mai-Juni 4,71 G., 4,73 B., per Juli-August 4,87 G., 4,89 B. Hafer per Frühjahr 6,41 G., 6,43 B.

Pest, 8. Februar, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 7,09 G., 7,10 B., per Herbst 7,24 G., 7,25 B. Roggen per Frühjahr 6,61 G., 6,63 B. Hafer per Frühjahr 6,04 G., 6,06 B. Mais per Mai-Juni 1896 4,40 G., 4,41 B. Kohlraps per August-September 10,90 G., 11,10 B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 8. Februar. Java-Kaffee good ordinary 50,50.

Amsterdam, 8. Februar. Bancazinn 37,25.

Amsterdam, 8. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest per März 166,00, per Mai 167,00. Roggen loko —, do. auf Termine beh., per März 108,00, per Mai 109,00, per Juli 109,00, per Oktober 110,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 8. Februar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 8. Februar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,00. Ruhig.

Antwerpen, 8. Februar. Schmalz per Januar 73,75. Margarine ruhig.

Paris, 8. Februar, Nachm. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen fest, per Februar 18,90, per März 19,20, per März-Juni 19,45, per Mai-August 19,90. Roggen ruhig, per Februar 10,85, per Mai-August 11,50. Mehl fest, per Februar 41,15, per März 41,40, per März-Juni 41,90, per Mai-August 42,85. Rüböl fest, per Februar 56,75, per März 57,00, per März-April 57,00, per Mai-August 57,00. Spiritus beh., per Februar 31,50, per März 31,75, per März-April 32,00, per Mai-August 32,75. — Wetter: Schön.

Paris, 8. Februar, Nachmittags. Roh-Zucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 31,00 bis 31,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 33,25, per März 33,50, per Mai-August 34,25, per Oktober-Januar 31,62.

Havre, 8. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Februar 81,50, per März 81,00, per Mai 79,50. Behauptet.

London, 8. Februar. 96proz. Java-zucker 13,75, stetig. Rüben-Rohzucker loko 11 13/16, Verkäufer. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 8. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Trübe.

Newyork, 8. Februar. (Anfangs-Kours.) Weizen per Mai 73,87. Mais per Mai 36,75.

Newyork, 8. Februar, Abends 6 Uhr.

	8.	7.
Baumwolle in Newyork	8,25	8,25
do. in Neworleans	7,87	7,87
Petroleum Rohes (in Cases)	8,60	8,60
Standard white in Newyork	7,60	7,60
do. in Philadelphia	7,55	7,55
Pipe line Certificates	—,—	167,00
Schmalz Western steam	5,80	5,85
do. Lieferung per Februar	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3,50	3,50
Weizen stetig.		
Rother Winter- loko	83,37	83,62
per Februar	75,12	75,37
per März	76,12	76,37
per Mai	73,87	74,12
per Juli	73,37	73,50
Kaffee Rio Nr. 7 loko	13,00	13,00
per März	12,40	12,25
per Mai	11,90	11,70
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,80	2,80
Mais stetig, per Februar	37,00	37,12
per März	—,—	—,—
per Mai	36,75	36,87
Kupfer	10,40	10,40
Zinn	—,—	—,—
Getreidefracht nach Liverpool	2,75	2,75

Chicago, 8. Februar.

	8.	7.
Weizen stetig, per Februar	65,12	66,12
per März	—,—	—,—
Mais stetig per Februar	28,00	28,25
Pork per Februar	10,12	10,17
Speck short clear	5,35	5,35

Wasserstand.

* **Stettin,** 10. Februar. Im Revier 5,55 Meter = 17' 8".

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 10. Februar. Seetief von Schmelz seewärts eisfrei.

Pillau, 10. Februar. Haffschifffahrt geschlossen.

Swinemünde, 10. Februar. Fahrwasser und Oder bis Ziegenort eisfrei. Haff nur mit Eisbrecherhülfe passirbar.

**Schutz